

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) und damit das Schicksal von Menschen mit Füßen zu treten.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Perfide! – René Röspel [SPD]: Das ist un-
glaublich!)

Volksnahe Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen,
heißt etwas ganz anderes.

Ich will ganz ehrlich sagen: Als Achtundsechzigerin
fällt es mir schwer,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Franz Josef Strauß zu zitieren. Das gebe ich zu. Aber
wenn er recht hat, hat er recht: Dem Menschen aufs
Maul schauen, aber ihm nicht nach dem Munde reden. –
Das ist die richtige Politik für dieses Land: ihm nicht
nach dem Munde reden.

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann
[FDP] – Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das
muss die Ministerin noch lernen!)

Alle zukunftsweisenden Entscheidungen in Deutsch-
land sind gegen Widerstände durchgekämpft worden.
Deswegen fordern wir die Bundeskanzlerin auf, gegen
alle Widerstände eine positive Haltung der Bundesrepu-
blik Deutschland zur biotechnologischen Züchtung in ih-
rem Kabinett durchzusetzen. Sie muss von ihrer Richtli-
nienkompetenz Gebrauch machen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

- (B)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-
Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und
Herrn! Frau Kollegin Happach-Kasan, ich finde es per-
fide, den Hunger von Menschen zu instrumentalisieren.
Ihre Worte stehen im Gegensatz zur Realität.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fahren Sie einmal in die Länder, in denen die Menschen
wirklich gegen den Hunger kämpfen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Ja, da
war ich!)

Die Mehrzahl dieser Länder hat ein Einfuhr- und An-
wendungsverbot für genetisch veränderte Pflanzen ver-
hängt, weil sie ihre heimischen Pflanzensorten und den
heimischen Lebensmittelanbau schützen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LIN-
KEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-
NEN)

Sie zitieren immer gerne aus der *Süddeutschen Zei-
tung*. Hätten Sie diese Zeitung vorgestern und gestern
gelesen, dann hätten Sie erfahren, dass bei Reis niemand

auf die Entwicklung gentechnisch veränderter Sorten (C)
wartet, sondern dass auf herkömmliche Art und Weise
die trockenresistenten, die hochwasserresistenten und
auch die salzresistenten Reisarten – von diesen traditio-
nellen Reissorten gibt es Tausende – gezüchtet worden
sind, die jetzt einfach übernommen werden können, weil
es darauf keinen Patentschutz gibt. Das ist die Chance,
den Hunger zu bekämpfen, und nicht durch die Patentie-
rung von Lebensmitteln durch Monopolisten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Normalerweise ist der Antrag für eine Aktuelle
Stunde mit dem Titel „Meinungsverschiedenheiten in
der Bundesregierung ...“ eines der primitivsten Mittel
einer Opposition. Aber in diesem Falle stimmt es. Ich
will eine kurze Analyse der Positionen in dieser Regie-
rung vornehmen. Man muss immer wieder erwähnen,
dass es eine Dreiparteienkoalition ist.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]: Nur drei?)

Manchmal sieht es so aus, als seien es zwei. Aber es sind
drei.

Wir haben die SPD mit einer klaren Linie.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordne-
ten der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben in der gemeinsamen Regierungszeit mit den
Grünen ein Gentechnikgesetz entwickelt. Die Große
Koalition hat es geschafft, alle Punkte dieses Gentech-
nikgesetzes zu erhalten, (D)

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Verbessert haben
wir das!)

auch wenn die Verhandlungen darüber 18 Monate ge-
dauert haben. Wir haben sogar zwei Punkte ergänzt,
nämlich Sicherheitsabstand und die Kennzeichnung
„Ohne Gentechnik“. Wir haben außerdem mehrfach
Initiativen ergriffen, um auf europäischer Ebene klarzuste-
llen, dass Nationalstaaten und Regionen über die Anwen-
dung entscheiden, um das Saatgut zu schützen und das
Zulassungsverfahren auf europäischer Ebene endlich zu
demokratisieren.

Es gibt einen zweiten Koalitionspartner mit einer kla-
ren Linie: Das ist die CDU. Diese Linie ist zwar das ge-
naue Gegenteil von dem, was ich gerade für die SPD ge-
nannt habe, aber es ist eine klare Linie.

Es gibt noch einen dritten Koalitionspartner, dessen
Linie ich am Morgen eines Tages oft nicht kenne. Am
Anfang der Verhandlungen mit der CSU gab es dort die
entschiedensten Gentechnikbefürworter.

(René Röspel [SPD]: Richtig!)

Heute lese ich in der Zeitung, dass dort die entschiedens-
ten Gentechnikgegner sind.

(Ute Kumpf [SPD]: So ist der Bayer!)

Bis zu der Entscheidung der Ministerin – diese Ent-
scheidung begrüße ich sehr – hat es allerdings keine ein-
zige Tat dieses Koalitionspartners gegeben. Frau Minis-

Ulrich Kelber

- (A) terin, ich weiß nicht, ob es Sie erreicht hat: Als Ihr treuester Unterstützer habe ich am Dienstag dem Koalitionspartner vorgeschlagen, dass wir im Deutschen Bundestag beschließen: Der Deutsche Bundestag unterstützt die Entscheidung von Frau Bundesministerin Ilse Aigner, den Anbau von MON 810 zu untersagen. – Wir dürfen nach dem Willen der Fraktion der CDU/CSU diesen Beschluss im Deutschen Bundestag nicht fassen. Das tut mir sehr leid.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Wie bei unserem ersten Vorstoß hat es keine Unterstützung der CDU-Abgeordneten gegeben – Frau Klöckner und Herr Bleser waren im Raum –; es hat aber auch keine Unterstützung der CSU-Abgeordneten gegeben. Ich finde es bemerkenswert, dass in der heutigen Debatte außer der Ministerin – ich finde gut, dass sie persönlich zu dieser Debatte erschienen ist – kein CSU-Abgeordneter redet. So war es auch in der letzten Gentechnikdebatte.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Erzählen Sie doch einmal ein bisschen mehr aus der Koalition!)

– Lesen Sie es nach! Da Sie nicht zugehört haben, wiederhole ich: außer der Ministerin kein Redner aus den Reihen der CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag, der die CSU-Linie vertritt. Bei der letzten Debatte hat man nur den Kollegen Bleser reden lassen, und seiner feurigen Pro-Gentechnik-Rede, lieber Peter, haben auch alle CSU-Abgeordneten begeistert Beifall spendet.

(B)

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Die war auch gut, die Rede!)

Die Regierung braucht eine klare Linie. Es kann nicht jedes Mal so sein wie bei einer Abstimmung auf europäischer Ebene, an deren Ende Bundesumweltminister Sigmar Gabriel gesagt hat: Niemand hat mich formal aufgefordert, mich zu enthalten; also habe ich dagegen gestimmt, als die EU-Kommission unseren Nachbarn Österreich und das mit uns befreundete Land Ungarn zwingen wollte, Gentechnik einzusetzen. Was tun wir, wenn die Kommission vorschlägt – die Ministerin muss dann entscheiden –, unser Nachbarland Frankreich zu zwingen, Gentechnik einzusetzen? Enthält sich die Bundesregierung, und sagt sie: „Das ist uns egal, was unserem Nachbarland passiert“? Oder haben wir eine klare Haltung?

Wir glauben, dass der Deutsche Bundestag nicht nur die Entscheidung der Ministerin begrüßen sollte, sondern endlich auch Deutschlands Haltung festlegen sollte. Diese Haltung sollte sein: Nationalstaaten und Regionen entscheiden anhand ihrer spezifischen Situation darüber, ob sie Grüne Gentechnik auf ihren Äckern einsetzen wollen oder ob sie es nicht tun wollen. Dieser Vorschlag steht im Regierungsprogramm der SPD. Wir werden ihn in einer nächsten Koalition erneut vorbringen. Wenn wir wenigstens 15 bis 20 der CSU-Abgeordneten gewinnen könnten, dann hätten sicherlich auch die Fraktionsspit-

zen nichts gegen einen Gruppenantrag. Es müsste sich allerdings einmal ein einziger CSU-Abgeordneter trauen, das zu vertreten, was aus München in den Zeitungen vorgegeben wird. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Was für ein dummes Zeug!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Eva Bulling-Schröter für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Donnerstagabend der letzten Sitzungswoche diskutierten wir über das Verbot des Anbaus von MON 810. Viele von Ihnen können sich an diese heiße Debatte erinnern, in der uns, den Gegnerinnen und Gegnern der Gentechnik, alle möglichen unschönen Dinge vorgeworfen wurden: Uns wurde unterstellt, Panikmache zu betreiben und Argumente nur einseitig zu sehen. Das war eine sehr unschöne Debatte.

Leider hat sich kein CSU-Abgeordneter daran beteiligt; darauf wurde hier schon hingewiesen. Umso erfreuter bin ich darüber, dass Frau Aigner das Anbauverbot ausgesprochen hat. Sicher ist es kein Geheimnis – zumindest wird in Bayern sehr viel darüber gesprochen –, dass ein Herr aus Ingolstadt daran großen Anteil hatte. Vielleicht ist er es leid: Er hat ja den Spitznamen „Genhofer“ und möchte jetzt vielleicht einen anderen Spitznamen. (D)

Wir finden es gut, dass dieses Verbot jetzt ausgesprochen wurde. Horst Seehofer hat die Zeichen der Zeit verstanden und kennt die Stimmung in der Bevölkerung in Bayern.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Er kennt vor allen Dingen auch den Wahltermin!)

– Natürlich muss die CSU um ihre Europamandate schon ein bisschen fürchten. Bei 42 Prozent wird es knapp.

Ich sage Ihnen auch – aber das wollen Sie ja nicht akzeptieren –: 78 Prozent der Bevölkerung sind gegen den Anbau von Genmais, und darum halte ich dieses Verbot schon lange für überfällig.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fordere an dieser Stelle Zugabe: Nun brauchen wir auch ein Verbot der Maissorten Bt 11 von Syngenta und 1507 von Pioneer, und natürlich unterstützt die Linke auch ein Anbauverbot der Genkartoffel Amflora.

(Beifall bei der LINKEN – Ulrich Kelber [SPD]: Die ist doch in Deutschland gar nicht zugelassen!)